

# Saarbrückens Zukunft im Herzen Europas

lebenswerter

nachhaltiger

generationengerechter

Wahlprogrammmentwurf der Jungen Union Saarbrücken-Stadt zur Kommunalwahl 2014



# 1 Saarbrücken kann mehr

2 Die Landeshauptstadt Saarbrücken befindet sich momentan in einer katastrophalen Situation. Dies  
3 kann mit allerhand Statistiken belegt werden. Die schockierendste darunter für die junge Generation  
4 ist die, die Saarbrücken unter den Top 5 der höchstverschuldeten Städte pro Einwohner in  
5 Deutschland sieht. In dieser besorgniserregenden Situation hat die Verwaltungschefin,  
6 Oberbürgermeisterin Charlotte Britz, weder Konzepte noch Visionen, eine Lösung für dieses Problem  
7 zu finden. Die rot-rot-grüne Stadtratsmehrheit arbeitet Hand in Hand mit der Verwaltungsspitze,  
8 wenn es darum geht, den städtischen Personalapparat aufzublähen und altgediente Genossen zu  
9 versorgen. Die Perspektiven der jungen Generation und die Handlungsfähigkeit unserer Stadt bleiben  
10 hierbei auf der Strecke.

11 Saarbrückens fatale Haushaltssituation hat Folgen für alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Man  
12 erhöht die Nutzungsgebühren der Vereine für städtische Einrichtungen, wie Schwimmbäder und  
13 Sporthallen oder droht diese ganz zu schließen. Steuern wie die Grundsteuer, Gewerbesteuer und  
14 Hundesteuer werden erhöht. Am Ende dieser Steuererhöhungsorgie verbessert sich die Situation der  
15 Landeshauptstadt keinen Deut, sondern steigert nur die Frustration der Menschen in der Stadt und  
16 schreckt Investoren ab.

17 Der städtische Gestaltungswille reduziert sich auf die Schaffung sinnloser Verwaltungsstellen wie die  
18 des Fahrradbeauftragten und bedient sich somit erneut des Abgelds der Bürger.

19 Alle Investitionen, die in den letzten Jahren in Saarbrücken getätigt wurden, wie beispielsweise die  
20 Europagalerie durch den Investor ECE beruhen auf Initiativen von außerhalb und mussten teilweise  
21 gegen die städtische Bürokratie ankämpfen, um eine Chance in dieser Stadt zu haben.

22 Wir als Junge Union sehen uns als Vertreter der jungen Generation in Saarbrücken an und möchten  
23 mit diesem Wahlprogramm endlich Wege aufzeigen, wie Saarbrücken den Sprung aus der sozialen  
24 und ökonomischen Misere schaffen kann und allen Generationen endlich wieder nachhaltige  
25 Perspektiven in dieser Stadt bieten kann.

26 Sie haben am 25. Mai 2014 die Chance, etwas zu bewegen.

27 Raus aus dem Verwalten von Problemen statt eines aktiven Gestaltens – rein in eine florierende,  
28 wirtschaftlich anziehende Metropole in der Großregion!

29 Raus aus der Haushaltsmisere und einer einhergehenden Belastung für kommende Generationen –  
30 hin in eine lebenswertere Stadt mit nachhaltigem Haushaltskonzept und Lebensraum für alle  
31 Generationen!

32

## 33 Familien- und Sozialpolitik

34

### 35 Saarbrücken braucht endlich ein familienfreundliches Klima.

36

37 *Heute werden Kitaplätze nicht nach Bedarf dort ausgebaut, wo sie dringend benötigt werden,*  
38 *nämlich am Arbeitsplatz der Eltern, sondern dort, wo es die Bedarfsanalysen vorsehen.*

39 Wir brauchen aber dort einen Ausbau, wo „tatsächlicher“ Bedarf besteht, um Eltern somit  
40 Wahlfreiheit ohne lange Anfahrtswege zu bieten und Wartezeiten zu verkürzen. Die Stadt muss in  
41 Zusammenarbeit mit dem Land gemeinsam Lösungsansätze finden, um dem Kitatourismus, der  
42 vorrangig die Landeshauptstadt Saarbrücken und hier im Besonderen die freien Träger betrifft,  
43 einzuschränken und gegebenenfalls einen finanziellen Ausgleich der Umlandgemeinden an die  
44 Landeshauptstadt einzurichten.

45 Für ein familienfreundliches Umfeld braucht es weitere Infrastruktur: so dürfen nicht weiter  
46 Spielplätze zurückgebaut werden, oder Vereine durch radikale Gebührenerhöhungen zu  
47 Beitragserhöhungen gezwungen werden, so dass sie Kindern aus sozial schwächeren Familien  
48 unzugänglich gemacht werden.

49 Es muss zudem sichergestellt werden, dass jedem Kind und jedem Jugendlichen ortsnah die  
50 Möglichkeit zum finanzierbaren Besuch eines Schwimmbades und das Erlernen grundlegender  
51 Schwimmtechniken in Lehrschwimmb Becken und anderen städtischen Schwimmbädern geboten wird.  
52 Aus diesem Grund stehen wir als Junge Union dafür ein, dass keine Lehrschwimmb Becken und andere  
53 von der Stadt betriebenen Schwimmbäder geschlossen oder deren Benutzung eingeschränkt wird.

54 Damit Familien sich in unserer Stadt wohlfühlen, muss ihnen finanziell attraktives Bauland mit einem  
55 ausreichenden Gestaltungsspielraum geboten werden. Es kann nicht sein, dass die Stadt Saarbrücken  
56 Bauland ausweist und dieses dann durch restriktive Bestimmungen unattraktiv erscheinen lässt, bzw.  
57 Bauland verödet.

58 Regionalverband und Stadt müssen eine gute Ausstattung von Schulen und Betreuungseinrichtungen  
59 wie Jugendzentren gewährleisten, um Kinder und Jugendliche individuell zu fördern und ihnen  
60 sinnvolle Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung aufzeigen.

61 Die Gemeinwesenarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der städtischen Sozialpolitik. Dennoch müssen  
62 Doppelstrukturen abgebaut werden, um eine optimale Sozialförderung gesamtstädtisch zu  
63 ermöglichen. Sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen müssen Perspektiven durch einen  
64 Ausbau von Projekten wie dem KIEZ-Projekt (Burbach) geboten werden, um eine individuelle  
65 Förderung zu ermöglichen.

66 Saarbrücken hat mittlerweile durch die professionelle Vermarktung der Oberbürgermeisterin sich  
67 europaweit als Hauptstadt der Prostitution gemacht. Leider hat die von Stadt und Land einberufene  
68 Kommission zur Eindämmung der Straßenprostitution sich vornehmlich mit Symbolpolitik  
69 beschäftigt. Wir brauchen endlich echte Lösungen, die den Menschen in dieser Stadt und den  
70 betroffenen Frauen helfen.

#### 71 **Unsere Forderungen:**

- 72 • Gezielte Investitionen in die Infrastruktur der Kinderbetreuung in Wohnort- und
- 73 Betriebsnähe
- 74 • Bedarfsgerechte Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen

- 75 • Schaffung eines Umlagensystems für die Nutzung von Betreuungsplätzen von Kindern aus  
76 Umlandgemeinden
- 77 • Einführung eines Familienbonus beim Kauf von städtischen Grundstücken durch junge  
78 Familien
- 79 • Kein weiterer Rückbau von sozialer Infrastruktur wie Spielplätzen und Schwimmbädern
- 80 • Einrichtung eines „echten“ Gemeinwesenprojektes in Dudweiler
- 81 • Gesamtstädtisches Sperrgebiet für Straßenprostitution mit Ausnahme einer gut  
82 ausgeleuchteten, polizeilich überwachten Straße im Stadtrandbereich
- 83 • Erhöhung der RPJ-Mittel des Regionalverbandes

84

## 85 **Infrastruktur**

86

87 *Saarbrücken ist eine autofeindliche Stadt.*

88 Mit dem Auto in die Landeshauptstadt zu fahren, ist hier eine Kostenfrage. Die Preise für Parkplätze  
89 werden durch Q-Park bestimmt, ausreichende Alternativen wie attraktive Park-and-Ride Angebote  
90 schlicht nicht genügend zur Verfügung gestellt. Ein stadtnahes Parken auf städtischen Parkplätzen ist  
91 nur begrenzt möglich.

92 Auch ein Vorwärtskommen in der Stadt Saarbrücken wird aufgrund eines schikanösen Stop-and-Go  
93 Verkehrs durch die unkoordinierte Ampelschaltung zur Tortur.

94 Nachdem die Zahl der Kräfte des Ordnungsamtes verdoppelt wurde, gibt es in Saarbrücken eine  
95 regelrechte Knöllchenflut. Egal, ob nur kurz etwas in einem Geschäft abgegeben wird oder ein  
96 Handwerker mangels akzeptabler Alternativen auf Anwohnerparkplätzen halten müssen: die  
97 Stadtverwaltung kennt hier keine Gnade und verteilt Knöllchen auf Teufel komm raus! Das hat nichts  
98 mehr mit Verkehrssicherheit zu tun sondern ist Abzocke.

99 Auch um Saarbrücken mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen, ist ein tiefer Griff in den  
100 Geldbeutel vonnöten: Die Preise für eine einfache Fahrt innerhalb des Stadtgebietes belaufen sich  
101 mittlerweile auf 2,50 €, die für ein Tagesticket auf 5,20 €. Verglichen mit anderen Großstädten bricht  
102 hier Saarbrücken erneut Rekorde. Von einem flächendeckenden, zeitlich abgestimmten ÖPNV-  
103 Konzept kann nicht die Rede sein. Entweder funktioniert die Taktung nicht einwandfrei oder es wird  
104 kein ausreichendes Angebot zur Verfügung gestellt, das sich an den Bedürfnissen der Menschen  
105 orientiert. Auch für Menschen mit Handicap muss es erleichtert werden, einen Zugang zum  
106 öffentlichen Personennahverkehr zu erlangen. Dazu müssen behindertengerechte Bushaltestellen –  
107 sogenannte „Cap-Haltestellen“ wesentlich schneller eingerichtet werden als es heute der Fall ist.

108 Für eine nachhaltige Verkehrspolitik ist es auch unverzichtbar, dass das Radwegenetz in Saarbrücken  
109 weiter ausgebaut wird. Es kommt nicht von ungefähr, wenn vergleichbare Städte eine wesentlich  
110 höhere Fahrraddichte vorweisen, da es dort im Gegensatz zu Saarbrücken ein funktionierendes  
111 Radverkehrswegenetz gibt. Zu einer Steigerung der Attraktivität des Radfahrens könnte zudem ein  
112 ausgebautes und optimiertes System des Bike-Sharing beitragen, hier muss versucht werden private  
113 Investoren zu gewinnen.

114 Die Deutsche Bahn hat in den letzten Jahren Saarbrücken immer weiter vom Fernverkehr  
115 abgeschnitten. IC- und ICE-Verbindungen in die umliegenden Metropolen sind abgebaut worden, das  
116 Ruhrgebiet ist auf direktem Wege nicht mehr zu erreichen. Mit Sorge nehmen wir auch zur Kenntnis,  
117 dass die ICE-/TGV-Strecke Frankfurt – Paris laut Medienberichten vor erheblichen Einschnitten steht.  
118 Eine gute Bahnanbindung ist für den Wirtschaftsstandort Saarbrücken und das Saarland  
119 unverzichtbar. Wir fordern Stadt und Land auf, in Gesprächen mit der Deutschen Bahn ein neues  
120 Verkehrskonzept zu entwickeln. Zudem braucht es eine direkte Zugverbindung nach Luxemburg und  
121 die Strecke Metz – Saarbrücken muss erhalten bleiben, um dem Anspruch als kulturelle und  
122 wirtschaftliche Metropole in einer zusammenwachsenden Großregion gerecht zu werden.

123 **Unsere Forderungen:**

- 124 • Senkung der Ticketpreise bei Saarbahn und Bussen
- 125 • Bedarfsgerechtes und zeitlich abgestimmtes ÖPNV-Konzept
- 126 • Ausbau der Saarbahn nach Völklingen und Forbach
- 127 • Ausbau von Park-and-Ride Parkplätzen
- 128 • Kostenloses Parken ab 18 Uhr im Innenstadtbereich
- 129 • Bewohnerparkplätze von 10-16 Uhr zum Parken freigeben
- 130 • Freigabe der Busspuren zum Parken ab 20 Uhr
- 131 • Schnellerer, behindertengerechter Ausbau von Bushaltestellen (Cap-Haltestellen)
- 132 • Schaffung eines sinnvollen Radverkehrswegenetz und eines Bike-Sharing-Systems
- 133 • Optimierung der Ampelschaltung um Verkehrsfluss zu verbessern
- 134 • Keine weitere Vergabe von städtischen Parkflächen an Q-Park
- 135 • Bau von städtischen Parkplätzen oder Parkhäusern um Q-Park eine Konkurrenz zu bieten
- 136 • Ausbau des Fernverkehrswegenetzes

137

138

## 139 **Zukunftsprojekte**

140

141 *Der Messestandort Saarbrücken büßt seit Jahren an Attraktivität ein und entspricht nicht mehr den*  
142 *Anforderungen der heutigen Zeit.*

143 Wir brauchen endlich ein durchdachtes Messekonzept, um den Messestandort Saarbrücken  
144 zukunftsfähig zu machen. So müssen die Pläne eines integrierten Messe- und Kongressstandortes in  
145 Kombination einer Eventhalle endlich konkretisiert und anschließend in die Tat umgesetzt werden.

146 Das Projekt „Stadtmitte am Fluss“ stellt ein Leuchtturmprojekt für die Entwicklung der  
147 Landeshauptstadt in den nächsten Jahrzehnten dar. Nach dem missglückten Großprojektantrag bei  
148 der Europäischen Union, gilt es nun, bald einen neuen überarbeiteten Antrag für die Teilprojekte zu  
149 stellen und bei allen Partnern, insbesondere dem Bund, dafür zu werben, das die Projekte stärker  
150 finanziell unterstützt werden, sodass eine Umsetzung für die Stadt zu leisten ist.

151 Das Ludwigsparkstadion ist ein geschichtsträchtiger Ort für den saarländischen Fußball. Wer das  
152 Thema Neubau oder Sanierung des Stadions behandeln möchte, muss in den Dialog sowohl mit den  
153 Anhängern unseres FC Saarbrücken als auch mit den übrigen Bürgern treten. Es muss ein Ausgleich  
154 zwischen der schwierigen Haushaltssituation der Stadt Saarbrücken und der zwingenden  
155 Notwendigkeit einer Sanierung des Stadions gefunden werden. Wir als Junge Union Saarbrücken-  
156 Stadt fordern das Ende von halbherzigen Konzepten, mit denen weder Fans noch Bürger  
157 einverstanden sind, da sie lediglich rausgeworfenes Geld sind.

### 158 **Unsere Forderungen:**

- 159 • Realisierung aller Teilprojekte von „Stadtmitte am Fluss“ bei ausreichender Fördersumme
- 160 • Zeitnahe Entwicklung eines Messekonzeptes in Einbeziehung einer Eventhalle
- 161 • Lösung für das Ludwigsparkstadion mit der Fans und Bürger zufrieden sind.

## 162 **Nachhaltige Finanzen**

163

164 *Saarbrückens Schuldens belaufen sich derzeit auf mehr als 1,1 Milliarden Euro. 2013 lag Saarbrücken*  
165 *auf Rang fünf im Vergleich aller verschuldeten Städte; die durchschnittliche Verschuldung pro Kopf*  
166 *beläuft sich auf 6252 Euro. Bis heute wurde seit dem Jahre 2010 kein geprüfter Jahresabschluss*  
167 *vorgelegt. Mithin kann nicht einmal objektiv festgestellt werden, ob die Gesamtsituation nicht noch*  
168 *weitaus schlimmer, als von Seiten der Verwaltung öffentlich eingeräumt wird, ist.*

169 *Durch die extreme Verschuldung unserer Stadt hat Saarbrücken auch eine sehr hohe Zinslast zu*  
170 *tragen. Alleine 2013 betrug die Höhe der gezahlten Zinsen 39,6 Millionen Euro, ohne dass hier auch*  
171 *nur ein Cent an Tilgung erfolgt wäre. Das heißt, Saarbrücken zahlt für das aufgenommene Geld*  
172 *Zinsen, zahlt es aber nicht zurück. erinnert man sich an die wirtschaftlich gute Lage in den*  
173 *vergangenen Jahren bei gleichzeitiger Niedrigzinsphase, ist das ein regelrechter Skandal! Eigentlich*

174 *hätte es so sein müssen, dass in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen die Ausgaben zurückgefahren*  
175 *werden, um Schulden abtragen zu können. Stattdessen hat die Verwaltung die Mehreinnahmen*  
176 *genutzt, um zusätzliches Personal einzustellen.*  
177 *Schwer zu durchschauen ist die Personalsituation bei der Landeshauptstadt. Wir sprechen hier von*  
178 *1200 Mitarbeitern allein in der Kernverwaltung und mehr als 80 Eigenbetriebe. Der städtische*  
179 *Personalapparat wird weiter aufgebläht, während im Land beispielsweise Planstellen signifikant*  
180 *abgebaut werden. Wir fordern in Saarbrücken zu überprüfen ob ein Teil der der Eigenbetriebe in die*  
181 *Kernverwaltung übernommen werden kann und einen langfristig angelegten, sozialverträglichen*  
182 *Personalabbau.*

183 Wer Einsparungen in der Verwaltung fordert, muss dies auch an der Verwaltungsspitze durchsetzen.  
184 So hat die Saarbrücker CDU im Stadtrat schon lange vergeblich darauf gepocht, frei werdende  
185 Dezernentenstellen nicht wieder zu besetzen. Die rot-rot-grüne Ratsmehrheit leistet sich zurzeit  
186 beispielsweise zwei Dezernenten, die für das Themengebiet Rechtsfragen zuständig sind. Die  
187 Einsparung eines Dezernenten würde der Stadt 200.000 Euro jährlich sparen. Ein weiterer Beleg für  
188 die Personalorgie sind die für 2014 angesetzten Personalkosten in Höhe von 116,5 Millionen Euro;  
189 ein Jahr zuvor waren noch sieben Millionen Euro weniger angesetzt. Wir fordern ein Ende dieser  
190 Personal- und Finanzpolitik, die zu Lasten der jungen Generation unserer Stadt geht.

#### 191 **Unsere Forderungen:**

- 192 • Senkung der Neuverschuldung bis 2020 auf null Euro
- 193 • Abschaffung des Dezernats „Umwelt, Migration und Recht“ und Umverteilung der Aufgaben  
194 auf bestehende Dezernate
- 195 • Zusammenlegung einiger Eigenbetriebe und teilweise Rückkehr in die Kernverwaltung
- 196 • Langfristiger Stellenabbau in der städtischen Verwaltung
- 197 • Befristete Einstellungen dürfen nur dann vorgenommen werden, wenn hierfür freie  
198 Planstellen vorhanden sind.
- 199 • Wiederbesetzungssperre von 24 Monaten bei freiwerdenden Stellen, ausgenommen davon  
200 sind die Berufsfeuerwehr und Stellen, die eine sofortige Wiederbesetzung erfordern und  
201 nicht durch interne Umorganisation in der Verwaltung kompensiert werden können.

202

## 203 **Wissenschaft und Arbeit**

204

205 *Im Zusammenhang mit der Hochschullandschaft des Landes hat in der Vergangenheit ein Gutachten*  
206 *des sogenannten Wissenschaftsrates (ein Beratungsgremium der Regierungen des Bundes und der*  
207 *Länder) vom 24.01.2014 für intensive Diskussionen gesorgt.*

208 *Neben der ausdrücklichen Würdigung der Leistungen der Universität des Saarlandes, gelangt der*  
209 *Wissenschaftsrat zu der Empfehlung, dass die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften entweder*  
210 *stärker mit der HTW und/oder anderen Hochschulen in der Region kooperieren sollen oder diese*  
211 *Fakultäten komplett geschlossen werden sollen.*

212 Eine Schließung dieser Universitäten lehnt die Junge Union entschieden ab. Kooperationen mit  
213 Hochschulen außerhalb von Saarbrücken können gleichwohl geprüft werden, wenn sie zur  
214 Optimierung von Lehre und Forschung dienlich sind. Solche Kooperationen dürfen allerdings nicht  
215 Mittel bzw. Vorwand dafür sein, dass es zu Schließungen von bedeutenden Fakultäten an der  
216 heimischen Universität des Saarlandes kommt.

217 Es kann nicht im Interesse des Landes liegen, bei der Ausbildung seiner jungen Menschen zu sparen.

218 Stattdessen sollte der Universität daran gelegen sein, das Fächerangebot stärker mit der HTW  
219 abzustimmen und gegebenenfalls über eine Kooperation nachzudenken.

220 Das Studienfach Rechtswissenschaft genießt einen bundesweit sehr guten Ruf und ist mit über 1000  
221 Studienbewerbern eines der attraktivsten und am meisten begehrten Studienfächer an der  
222 Universität des Saarlandes überhaupt. Es ist undenkbar, wie ein Bundesland noch auf seine  
223 Eigenständigkeit pochen und diese verteidigen will, wenn noch nicht einmal das eigene Landesrecht  
224 gelehrt wird. Der Wissenschaftsrat führt außerdem an, dass das Europa-Profil der Universität des  
225 Saarlandes ausbaufähig sei und hat damit unter anderem auch das Europa-Institut im Blick. Dieses  
226 Europa-Profil kann alleine durch das Europa-Institut und einer nicht flankierenden juristischen  
227 Fakultät jedoch nicht erfolgreich weiter entwickelt werden.

228 Die Universität des Saarlandes ist die einzige Universität unseres Bundeslandes; Jura und BWL sind  
229 wichtige Fächer, die auch von der heimischen Wirtschaft und der Verwaltung der Städte und des  
230 Landes nachgefragt werden.

231 Genauso ist es unzutreffend, dass mit der Schließung große Einspareffekte erzielt werden könnten.  
232 Durch die Abschaffung dieser Fakultäten würde es wegen der wegfallenden Bundes- und  
233 Finanzausgleichsmittel mittelfristig nicht zu Einsparungen kommen, sondern sie würde den Landes-  
234 und auch Universitätshaushalt vielmehr zusätzlich erheblich belasten. Beide Fakultäten stellen mit  
235 über 5000 Studenten rund ein Viertel der Gesamtstudenten der Universität. Durch den Wegfall  
236 dieser Studierenden würde auch weniger Geld in Saarbrücken und der Umgebung ausgegeben  
237 werden. Diese überwiegend aus dem Saarland stammenden Studenten wären vielmehr gezwungen,  
238 ihr Heimatbundesland zu verlassen.

239 Angesichts der Entwicklung der Bevölkerungszahlen und auch im Hinblick auf wirtschaftliche Gründe  
240 kann dies nicht der richtige Weg sein, zumal die Höhe der Zahlungen aus dem kommunalen  
241 Finanzausgleich und dem Länderfinanzausgleich vor allem von der Einwohnerzahl abhängt.

242 Wir begrüßen die parteiübergreifende Initiative des Saarbrücker Stadtrates, der sich mit einer  
243 Resolution gegen einen bildungspolitischen Kahlschlag in der saarländischen Hochschullandschaft  
244 ausgesprochen hat.



245 Alleine durch das Zögern der Landesregierung, sich nicht ausdrücklich gegen die Schließung dieser  
246 Fächer auszusprechen, wird dem Standort Saarland insgesamt Schaden zugefügt. Mit Blick zu der  
247 neuen Imagekampagne der Landesregierung- „Großes entsteht immer im Kleinen“ - wäre die  
248 Schließung dieser sehr großen Fakultäten geradezu konterkariierend. Denn diese Kampagne verfolgt  
249 mitunter vor allem das Ziel, junge Menschen dazu zu bewegen, sich das Saarland als neue Heimat  
250 auszuwählen und sich hier niederzulassen. Das ist unter Berücksichtigung der demographischen  
251 Entwicklung zweifelsohne zu begrüßen. Gerade wegen dieser dem Saarland bevorstehenden  
252 Problematik wäre es dann aber fatal, solche von vielen jungen Menschen gewählte, attraktive und  
253 wichtige Studienfächer aufzugeben.

254 Es ist unverständlich, dass angesichts der dargestellten Sachlage und den finanziellen und  
255 bevölkerungspolitischen Folgen im Falle einer Schließung nicht umgehend bekundet wurde, dass  
256 eine Schließung der größten Fakultät nicht in Betracht kommt.

257 Das schließt nicht aus, dass eine Optimierung der Verwaltungskosten etwa auch durch eine stärkere  
258 Kooperation mit den anderen Saarbrücker Hochschulen vorgenommen werden soll. Sicherlich lassen  
259 sich hier sinnvolle Einsparpotenziale, die nicht zu Lasten einer guten Lehre gehen, finden.

260 Die Junge Union wird sich vehement für den Erhalt der Fächer Jura und BWL an der Universität des  
261 Saarlandes einsetzen, um so Schäden von Stadt und Land abzuwenden.

262 In der Hochschullandschaft des Saarlandes und insbesondere in Saarbrücken ist die HTW ebenfalls  
263 ein unverzichtbarer Pfeiler. Auch hier gilt es, die Attraktivität durch neue Studienangebote zu  
264 steigern, statt bildungspolitische Einschnitte vorzunehmen.

265 Die Stadt muss stärkere Anstrengungen im Bereich der Wirtschaftsförderungen unternehmen. Ein  
266 wichtiger Punkt ist die Stundung der Gewerbesteuer für beschäftigungsintensive Ansiedlungen in den  
267 ersten drei Jahren. Zudem ist es wichtig, offensiv an Unternehmen heranzutreten, sich in  
268 Saarbrücken niederzulassen, wie es uns andere Kommunen bzw. unsere französischen  
269 Partnergemeinden vormachen. Die Stadt muss als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und  
270 Wirtschaft auftreten und so Studenten und Unternehmen aneinander heranzuführen, um die  
271 ausgebildeten Fachkräfte im Saarland und insbesondere in der Landeshauptstadt zu halten.

272 Saarbrücken soll eine „junge“, dynamische und lebendige Stadt sein. Dafür bedarf es nicht weniger  
273 Studenten, sondern mehr Studenten!

274 **Unsere Forderung:**

275 • Erhalt der juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Universität des  
276 Saarlandes

277 • Einsparung in der Verwaltung von Universität und Hochschulen generieren durch  
278 Zusammenlegung von Verwaltung und stärkere Abstimmung des Fächerangebots

279 • Stundung der Gewerbesteuer für drei Jahre bei beschäftigungsintensiven Neuansiedlungen

- 280 • Ausbau des Flugangebots des Saarbrücker Flughafens
- 281 • Bürokratieabbau in der städtischen Verwaltung
- 282 • Verstärkte Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft

283

## 284 **Leben in Saarbrücken**

285

286 Eine lebenswerte Stadt Saarbrücken braucht neben einem starken Zentrum auch attraktive Bezirke.  
287 Wir brauchen in der Innenstadt Infrastrukturinvestitionen, gleichzeitig dürfen die Außenbezirke nicht  
288 weiter abgehängt werden. Derzeit entsteht bei vielen Menschen im Saarbrücker Halberg, Westen  
289 und vor allem im Bezirk Dudweiler der Eindruck, die Oberbürgermeisterin versuche die  
290 Saarbrückerinnen und Saarbrücker im Zentrum und in den Außenbezirken gegeneinander  
291 auszuspielen. Dieser Eindruck darf sich nicht verfestigen, schließlich sind für die Umsetzung wichtiger  
292 Infrastruktur- und Zukunftsprojekte in der Saarbrücker Innenstadt der Zusammenhalt und die  
293 Unterstützung aller Saarbrücker notwendig.

294 In der zurückliegenden Ratsperiode hat die rot-rot-grüne Ratsmehrheit die bürgernahe Verwaltung in  
295 Dudweiler abgeschafft, ohne bis heute die damit zu erzielenden Einspareffekte überzeugend  
296 darstellen zu können. Die CDU-Fraktion in der Stadt Saarbrücken hat sich für den Erhalt des  
297 Erfolgsmodells Dudweiler ausgesprochen und ihrerseits zu jedem von rot-rot-grün vorgelegten  
298 Haushalt eigene echte Einsparvorschläge gemacht.

299 Zwar ist es unrealistisch und auch nicht angedacht, auch in den drei anderen Bezirken hauptamtliche  
300 Verwaltungen einzuführen, dennoch sind die nebenamtlichen Bezirksbürgermeister, die oft zurecht  
301 ihre eigenen eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten und ihre Bittstellerrolle gegenüber der  
302 Saarbrücker Verwaltung beklagen, mit mehr Kompetenzen auszustatten. Denn diese kennen  
303 gemeinsam mit ihren Bezirksräten die Situation vor Ort und müssen in die Lage versetzt werden,  
304 schnell und unbürokratisch auf Bürgeranfragen und Probleme reagieren zu können. Deshalb fordert  
305 die Junge Union Saarbrücken-Stadt zu prüfen, die ehrenamtlichen Bezirksbürgermeister mit  
306 Weisungsrecht gegenüber einer ausreichend großen Zahl städtischer Mitarbeiter auszustatten.  
307 Darüber hinaus sind die Bezirksräte zu stärken. Der Anteil des städtischen Haushalts, über den die  
308 Bezirksräte verfügen können, ist zu erhöhen, und die Bezirksräte, die nahe an den Bürgern sind mit  
309 ihrer Kenntnis der Problemlagen vor Ort, endlich ernst zu nehmen. Der Wille dazu, so lässt sich die  
310 letzte Ratsperiode resümieren, fehlt der Oberbürgermeisterin und ihrer Verwaltungsspitze allerdings  
311 völlig.

312 Das Vereinsleben ist das, was die Stadt Saarbrücken gerade in den Außenbezirken, wo sonstige  
313 Kultureinrichtungen Mangelware sind, attraktiv macht. Deshalb ist die Unterstützung der Vereine  
314 und ihrer ehrenamtlich engagierten Mitglieder eine der wichtigsten Aufgaben in den nächsten  
315 Jahren. Was in den Vereinen geleistet wird, das kann der Staat in Zeiten chronisch knapper Kassen  
316 durch kein Sozial- und durch kein Jugendhilfeprogramm auffangen. Es sind Vereine, die Institutionen  
317 (wie Freiwillige Feuerwehr, DRK, THW o.ä.) und nicht zuletzt die Kirchengemeinden, die wichtige  
318 unbezahlbare Dienste leisten, und mit ihren Angeboten in der Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit  
319 den sozialen Zusammenhalt in dieser Stadt stärken und Saarbrücken lebenswert machen.

320 Deshalb ist von Seiten der Stadtverwaltung alles zu unterlassen, was die Vereine, die Institutionen  
321 und ihre ehrenamtlichen Mitglieder belastet. Wenn Vereine einmal ihre Arbeit einstellen oder ihr  
322 Angebot zurückfahren, wird es für den Staat richtig teuer. Deshalb sind etwa Gebührenerhöhungen  
323 für Hallen, erst recht wenn sie so drastisch ausfallen wie im vergangenen Jahr (+60%!), mehr als  
324 kurzfristig.

325 Die Einführung der Ehrenamtskarte als Anerkennung ehrenamtlichen Engagements durch das Land  
326 ist hingegen begrüßenswert und muss nun auch zügig in der Stadt Saarbrücken umgesetzt werden.  
327 Die Vereine brauchen die Stadt; jedenfalls sollte sie ihnen keine Steine in den Weg legen. Aber noch  
328 viel mehr braucht die Stadt die Vereine!

329 Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich bei der Pflege und der Aufwertung ihres  
330 Wohnumfeldes (wie zum Beispiel die Bürgerinitiative „Sauberes Burbach“). Sie zögern nicht, sondern  
331 packen mit an. Auch dies ist weiterhin zu fördern. Private-Public-Partnership ist weiterhin das Gebot  
332 der Stunde.

333 Es ist wichtig, gerade bei Kindern und Jugendlichen die Verbundenheit zur Natur zu stärken. Deshalb  
334 ist es essentiell, dass Wildpark und Zoo erhalten bleiben. Weitere Maßnahmen können  
335 Naturlehrpfade oder von der Stadt geförderte Umweltschutzprojekte von Grundschulen sein, um die  
336 Kinder näher an die Umwelt heranzuführen.

337 In den letzten Jahren mussten wir feststellen, dass das Atomkraftwerk Cattenom vor den Toren des  
338 Saarlandes immer wieder mit Störfällen Schlagzeilen machte. Daher unterstützen wir die Forderung  
339 nach einer sofortigen Stilllegung des Atomkraftwerkes Cattenom.

340 Eine wichtige Rolle in Zukunft für ein harmonisches Zusammenleben in Saarbrücken wird eine  
341 funktionierende Integration einnehmen. Eine Stärkung des Integrationsbeirates in der politischen  
342 Arbeit ist genauso wichtig wie eine Förderung von Integrationsprojekten und Sprachkursen.

343 Saarbrücken muss sich auch kulturell seiner Funktion als Oberzentrum der Region bewusster werden  
344 und das kulturelle Leben stärker unterstützen.

345 **Unsere Forderungen:**

- 346 • Stärkung der Bezirksräte
- 347 • Stärkung der Vereinsstrukturen statt deren Abbau durch Gebührenerhöhungen
- 348 • Einführung einer Ehrenamtskarte in der Landeshauptstadt
- 349 • Ausbau Public-Private-Partnership
- 350 • Erhalt von Wildpark und Zoo zur naturnahen Erziehung
- 351 • Aussprechen für ein Abschalten von Cattenom
- 352 • Ausbau der Sprachkurse zur besseren Integration

- 353 • Ausweitung der Zusammenarbeit von städtischer Musikschule mit Grundschulen zur
- 354 musischen Bildung
  
- 355 • Förderung der Saarbrücker Kulturlandschaft und junger Künstler
  
- 356 • Festival für junge Künstler aus der Großregion
  
- 357